



SPARMASSNAHMEN

Weihnachts- und Urlaubsgeld nicht antasten!

GdP will Anhörung im Parlament

Die von der Landesregierung beabsichtigte Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes greifen tief in die Besoldung ein. Bei unserem „Eckmann“ (A 11, verheiratet, 2 Kinder) beträgt die Kürzung 3,26%. Eintausendvierhundertsechzehn Euro weniger! Das ist ein dicker Brocken!

Damit geht die Umverteilung zu Gunsten der Reichen in eine neue Runde. Bisher hatte sich die Politik mehr oder weniger damit begnügt, den Lohnanstieg bei Beschäftigten zu bremsen und die Erhöhung bei den Beamten gegenüber den Tarifbeschäftigten abzukoppeln. Kürzungen und Streichungen erfolgten vorwiegend in den Randbereichen, zum Beispiel bei der Beihilfe oder der Kripo-Zulage. Jetzt geht es um Eingriffe in die Substanz! Die Fakten: Die Landesregierung will das Weihnachtsgeld noch in 2003 auf 70% kürzen, ab 2004 soll eine weitere Kürzung auf 50% erfolgen. Gleichzeitig soll das Weihnachtsgeld auf alle 12 Monate verteilt werden. Das Urlaubsgeld soll für die Polizei prinzipiell gestrichen werden – weitergezahlt würde nur noch bis zur Besoldungsgruppe A 8, verbunden mit einer Kinderkomponente. Die Abgeordneten haben für sich selbst besser gesorgt. Bei ihren Bezügen wurde das Weihnachtsgeld schon vor Jahren auf

Die Rechnung aus Sicht des **Arbeitgebers** ist recht einfach. Nach ersten Schätzungen der Gewerkschaften beträgt der Einspareffekt auf Seiten des Landes etwa 150 Millionen Euro. Diese Ausgabenkürzung reicht aber bei weitem noch nicht aus, um die Steuerausfälle aufzufangen, die die Bundesregierung durch das Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004 verursacht. Das Land muss mit Mindereinnahmen von 350 Millionen Euro rechnen. Wo die restlichen 200 Millionen herkommen sollen, weiß noch keiner zu sagen.

12 Monate umgelegt. Seither ist es dynamisiert, blieb also bei 100%. Es soll auch im Rahmen der für uns angestrebten Streichungen **NICHT** gekürzt werden. Die Kürzungen ab 2004 werden vermutlich im Haushaltsgesetz mit untergebracht. Die Haushaltsklausur des Kabinetts fand am 9. September statt, am 8. Oktober könnte das Haushaltsgesetz eingebracht werden. Die entscheidende Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ist für den 16. Dezember vorgesehen. Die Beschlussfassung des Landtages könnte am 21. bis 23. Januar erfolgen. Das normale Haushaltsverfahren würde nicht mehr ausreichen, die Kürzung bereits für das Weihnachtsgeld 2003 durchzusetzen. Daher wird die Kürzung wahrscheinlich über die Regierungsfractionen eingebracht – mit dem „angenehmen“ Nebeneffekt, dass sich die Regie-

Die Rechnung aus Sicht der **Arbeitnehmer** ist genauso einfach: Unser Eckmann, Hauptkommissar in A 11, verheiratet und 2 Kinder, verdient brutto 3385,69 Euro. Das Weihnachtsgeld in Höhe von 84,29% betrug 2853,80 Euro. Bei einer Kürzung um 34,29 Prozentpunkte betrüge es noch 1692,84 Euro. Die Kürzung beträgt also 1160,96 Euro. Mit Streichung des Urlaubsgelds fehlen weitere 255,65 Euro. Macht zusammen ein Minus von 1416,61 Euro! Umgerechnet auf das Jahresgehalt (43 482,41 Euro) bedeutet dies eine Kürzung um 3,26%! So greift man den Beamten, die nicht vom Tarifrecht geschützt werden, von Seiten des Arbeitgebers rücksichtslos in die Taschen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Gewerkschaften sparen kann. Hatte Rheinland-Pfalz nicht im Bundesrat noch die Öffnungsklausel abgelehnt? Die GdP hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Kürzungsvorschläge mit DGB, ver.di, GEW und IG BAU in Verbindung gesetzt. Bei der Vorstandssitzung des DGB am 5. September wurden erste Gegenmaßnahmen beschlossen. Wir werden u. a. zum Ersatz der Anhörung nach § 103 LBG auf einer Anhörung durch das Parlament bestehen und dort unsere Auffassungen erneut und deutlich zu Gehör bringen. Joachim Mertes, Fraktionsvorsitzender der SPD, hat den wichtigsten Steinbruch in einem Interview mit dem Südwestrundfunk benannt: „Die Haushalte fliegen uns um die Ohren. Die Personalkosten sind mit 43,5% unser größter Ausgabenposten und dort muss eingespart werden.“ Wir halten diese Politik für fatal. Fatal für die betroffenen Menschen und glei-

Die Rechnung aus Sicht der **Wirtschaftswissenschaftler**: Dem Einzelhandel werden an dem für ihn wichtigen Weihnachtsgeschäft durch die Kürzung bei den Beamten ca. 150 Millionen Euro an Kaufkraft entzogen. Der Tarifvertrag über die Sonderzahlungen für Angestellte und Arbeiter wurde von den Arbeitgebern bereits aufgekündigt. Man wolle (im Sinne der Neudefinition von Gerechtigkeit) die gleichen Kürzungen auch bei den Tariflern durchsetzen. Dies würde dem Binnenmarkt weitere Kaufkraft entziehen.

Unsere Forderungen sind klar:

- Wir wollen eine **Anhörung im Parlament durchsetzen.**
- Wir wollen **keine weiteren Kürzungen!**
- Wir wollen ein **einheitliches Personalrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!**
- Wir wollen die **Absicherung unserer Arbeitsbedingungen, wie sie im Tarifrecht gelten!**
- Wir wollen **volle Verhandlungs- und Streikrechte!**

chermaßen fatal für die Wirtschaft. Es zeigt, welche Auswirkung die kurzsichtige „betriebswirtschaftliche“ Ausrichtung auf uns alle hat. Die Daten des statistischen Bundesamtes belegen, dass der Export boomt. Wir haben kein Problem mit dem Außenhandel. Unsere Löhne (und die Abgaben der Unternehmen) sind nicht zu hoch. Den kleinen Leuten wurde in den letzten Jahren immer mehr an ihrem Reallohn entzogen. Die zum Teil unverschämten Preiserhöhungen im Zuge der Einführung des Euro, etwa bei den Gastronomen, führten zu weiteren Umsatzeinbrüchen. Und Politiker jedweder Couleur predigen den Leuten, dass der Staat sie in widrigen Lebensumständen und im Alter nicht mehr schützen könne. Wenn das kein Aufruf zum Konsumverzicht und zu verstärkten Sparanstrengungen ist! Die Politik kann noch so viel Geld von unten nach oben umverteilen: Das schafft vielleicht Arbeitsplätze in den Urlaubsländern der Begüterten, aber nicht hier bei uns. Es ist Zeit für einen Politikwechsel! Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Handelns stehen! Da bin ich, wer hätte das gedacht, ganz einer Meinung mit unserem Mainzer Kardinal Lehmann.

Euer Ernst Scharbach

Erste Reaktionen

Wut und Frust an der Basis, Auszug aus Zuschriften

„ . . . Wo sind unsere Rechte in diesem Rechtsstaat, den wir täglich durch unsere Arbeit aufrecht erhalten . . . “

„ . . . Liebe Kollegen, ich bin bestimmt keiner, der so leicht den Kopf in den Sand steckt, aber ich bin zutiefst von unserem Dienstherrn enttäuscht. Das Dienst- und Treueverhältnis ist zur Einbahnstraße verkommen und wir beziehen noch Prügel dafür, dass wir rund um die Uhr die Sicherheit gewährleisten und uns für diesen



Rechtsstaat beschimpfen und verprügeln lassen. Und jetzt sollen wir zum Dank für unseren Einsatz auch noch Verluste beim Weihnachtsgeld hinnehmen . . . “

„ . . . Ich habe mir für meine neue Lebenspartnerin und meine fünf Kinder ein Haus gekauft und (. . .) jeder Euro zählt. Sag doch mal der Bank, dass eine Rate nicht bezahlt würde, weil der ‚Landesvater‘ sich großzügig aus seinen Verpflichtungen stiehlt . . . “

„ . . . Zeigt am Verhandlungstisch, dass die Gewerkschaften keine Abnicker sind, kämpft mit harten Bandagen für die Belange eurer Mitglieder und wendet um Gotteswillen diese Unheil bringenden Kürzungsorgien ab. Ich wünsche euch hierfür die nötige Kraft und das Durchsetzungsvermögen . . . “

Rotstiftliste

Die Politik wird bei den anstehenden Diskussionen um die Kürzungen im öffentlichen Dienst permanent darauf hinweisen, dass auch der öffentliche Dienst an den gewaltigen Sparlasten beteiligt werden muss.

Die gewaltigen Einsparmaßnahmen der vergangenen 10 Jahre werden dabei allzu gerne unter den Tisch gekehrt.

Daher zur Erinnerung und als Argumentationshilfe ein kurzer Abriss der Einsparmaßnahmen.

Eine vollständige Auflistung liegt den Vertrauensleuten der GdP auf den Dienststellen vor.

Besoldung:

– Abkopplung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung gegenüber den Tarifabschlüssen in 9 von 11 Jahren.

– Einfrieren des Weihnachtsgeldes ab 1994. Gemessen am Stand von 1993 hätte das Weihnachtsgeld 2003 noch einen Wert von ca. 84% einer Monatsbesoldung.

– 1997 Änderung der Besoldungsstruktur – Streckung der Intervalle für den Aufstieg in die nächste Dienstaltersstufe.

– 1998 Wegfall der Dynamisierung der Polizeizulage, nimmt an Besoldungserhöhungen nicht mehr teil.

– 2003 Schaffung einer bundesgesetzlichen Öffnungsklausel zur Beschneidung oder Abschaffung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Versorgung:

– Umstellung der Ruhegehaltsskala 1992, damit Versorgungshöchstsatz nach 40 Dienstjahren. Wegfall des Anpassungszuschlages und Erhöhungsbetrages.

– Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Einführung einer Versorgungsrücklage, Erhöhung der Wartefrist von 2 auf 3 Jahre, Einführung eines

Versorgungsabschlages (Versorgungsgesetz 1998).

– Absenkung des Versorgungshöchstsatzes auf 71,75%, Senkung der Witwenversorgung auf 55% (Versorgungsgesetz 2001).

Löhne und Gehälter:

– Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 26 Wochen auf 6 Wochen gekürzt seit 1994. Einfrieren des Weihnachtsgeldes.

– Reduzierung der Anlässe für die Gewährung von Sonderurlaub § 52 BAT. Analoge Anwendung für die Beamtinnen und Beamte.

– Wiedereinführung der Eigenbeteiligung bei der Zusatzversorgung 1,25%.

– Absenkung des Rentenniveaus.

– Weitere Anhebung der VBL-Zulage auf 1,41% im Jahr 2002.

– Im Jahr 2003 wird der Beitragssatz für die Rentenversicherung erhöht. Streichung des arbeitsfreien Tages. Halbierung des Unterschiedsbetrages bei Aufstieg in der Lebensaltersstufe für 1 Jahr. Einschnitte bei der Altersversorgung durch die Berechnung der Startguthaben.

– Beförderungen, Arbeitszeit, Zahlungen nach Landesrecht

– Streichung der Beförderungen 1997 und 2003.

– Wegfall Fahndungskosten, Kleidergeld und Reisekostenpauschale.

– Wiedereinführung 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte 1997.

– Kürzungen, Einführung von Zuzahlungen und Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe.

– Lebensarbeitszeitverlängerung 61, 63, 65.

– Leistungsverdichtung durch Personalabbau und Reduzierung der Einstellungszahlen.

– Wegfall der Jubiläumsszuwendung als Geldleistung.

– Kürzungen im Bereich der Altersteilzeit.

HWG



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (vi.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

IM GESPRÄCH

Spitzenteam mit Spitzentechnik

Fünf Jahre lang war Kollege Thomas Ebling Leiter der Zentralstelle für Polizeitechnik, bevor ihm nun zum 1. 10. 2003 seine neue Funktion als Verkehrsreferent in der Polizeiabteilung des Innenministeriums übertragen wurde. dp hat mit ihm über seine Amtszeit bei der ZPT gesprochen.

dp: Welche wesentlichen Veränderungen gab es während Ihrer Amtszeit bei der ZPT?

Ebling: Bei Amtsübernahme befand sich die ZPT gerade im Umbruch von einer Dienststelle mit ganz überwiegend Wartungs- und Betriebsaufgaben zu einer Einrichtung mit klarem Schwerpunkt bei den konzeptionellen und Entwicklungsaufgaben. Diese Neuausrichtung machte es notwendig, dass sich die ZPT verstärkt zu einem „Dienstleister“ entwickelte. Das bedingte umfangreiche aufbau- aber vor allem ablauforganisatorische Veränderungen.

dp: Was bedeutet denn „Dienstleister“ konkret für die Kolleginnen und Kollegen „vor Ort“?

Ebling: Servicegedanke. Ansprechbar sein. Kritik und Anregungen aufnehmen. Das setzt zum Beispiel voraus, dass die Praxis so frühzeitig wie möglich eingebunden wird.

Diese „Anwenderbeteiligung“ wird heute in allen Bereichen der ZPT in den unterschiedlichsten Formen praktiziert. Das reicht von (elektronischen) Befragungsaktionen über die Beteiligung von Fachberatern und die frühzeitige Erprobung von Prototypen in den Dienststellen bis hin zur Information über aktuelle Sachstände und Entscheidungen (z. B. im Intranet) in einem Ausmaß, wie es früher bei der Polizei durchaus nicht immer selbstverständlich war.

dp: Die technische Ausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Haben wir das der ZPT zu verdanken?

Ebling: – lacht – Na selbstverständlich. Nein, ernsthaft, das setzt natürlich als erstes mal vor-



Ebling: „Arbeit mit der hochengagierten und motivierten Mannschaft hat einfach nur Spaß gemacht!“

aus, dass die politische Weichenstellung stimmt und die für die Projekte notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Und da haben wir uns in den letzten Jahren nun wirklich nicht zu beklagen. Im Bundesvergleich nehmen wir mittlerweile in fast allen Technikbereichen einen Spitzenplatz ein. Das macht schon stolz. Und ich hoffe, dass wir als ZPT unser bescheidenes Scherflein beigetragen haben.

dp: Welche Projekte in den letzten fünf Jahren waren denn nach Ihrer Ansicht besonders bemerkenswert?

Ebling: Da gab es zunächst die Projekte mit Außenwirkung: das Projekt RIVAR mit vielen Teilprojekten bei Soft- und Hardware und einem Sachbearbeitungssystem, das bundesweit sei-

nesgleichen sucht, die Ablösung der alten Fernschreiber, die Einführung von Pfefferspray und Deformationsmunition, die Video-Dokumentationsanlage für die Funkstreifenwagen, die grün/silbernen und auch zivilen

lung auf Projektpläne, das Mitarbeiterfeedback, bei dem die Bediensteten den Führungskräften Rückmeldung zu ihrer Führungsleistung geben bis hin zum internen Logo-Wettbewerb . . .

dp: Was hat den Menschen Thomas Ebling am stärksten beeindruckt?

Ebling: Die Gestaltungsmöglichkeiten und die hoch engagierte und motivierte Mannschaft, mit der das Arbeiten einfach nur Spaß gemacht hat. Großes Kompliment.

dp: Und was bringt die Zukunft für die ZPT?

Ebling: Eine Menge Arbeit z. B. mit dem Digitalfunk, der hoffentlich bald kommt. Große Chancen bei den technischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Mobility-Komponenten. Aber erst mal einen neuen Chef, wo mit dem Kollegen Arno Lentz eine exzellente Wahl getroffen wurde.

dp: Wir danken für das Gespräch und wünschen weiterhin viel Erfolg.

Anzeige

PK aus Hessen sucht aus dringenden familiären Gründen
Tauschpartnerin/Tauschpartner
 aus Rheinland-Pfalz.
 Zuschriften unter VDP/AV
 610945-1, Pf. 309, 40703 Hilden

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Lebensstandard bedroht

Die Personalentwicklung, die Perspektiven nach der Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die Landesregierung und bevorstehende Kürzungspläne in Bund und Land standen im Mittelpunkt der ausführlichen Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen in der PI Daun und der PI Bitburg.

„Die meisten Kolleginnen und Kollegen merken langsam, wie so genannte politische Sachzwänge ihren Lebensstandard bedrohen“, sagte Ernst Scharbach. Die Situation der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zwingt die Politik auf allen Ebenen zu Einsparungen. Ursache für diese Entwicklung sei der breite gesellschaftliche Trend zur Neoliberalisierung.



Standen Rede und Antwort: Horst Zwank (Kreisgruppe), Josef Schumacher (Bezirksgruppe) und Ernst Scharbach (Landesvorstand).

Er führe im Rahmen der Globalisierung der Märkte zum Absenken der Staatseinnahmen und in der Folge zu sinkenden Löh-

nen. Die Politik sei sowohl Täter als auch Opfer der scheinbar gottgewollten Entwicklung. „Im Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Handelns muss wieder der Mensch stehen, nicht der Profit um jeden Preis“, forderte Scharbach. Dafür müssten sich die „kleinen Leute“ gewerkschaftlich und politisch engagieren. „Deutschland ist nach wie vor eines der reichsten Länder der Erde. Aber die Verteilung des Reichtums gerät immer mehr in Schiefelage. Resignation hilft nicht weiter – wir müssen für unsere Interessen aktiv eintreten.“

red

GESPRÄCHE

GdP bei Polizeipräsident Fromm

Auch in seiner neuen Funktion als Polizeipräsident beim PP Rheinland-Pfalz zeigt sich Wolfgang Fromm als kompetenter und aufgeschlossener Gesprächspartner. Die GdP erörterte mit dem neuen Polizeichef beim Antrittsbesuch in Ludwigshafen Personalprobleme, Organisationsfragen und die Sicherheitslage in der Vorderpfalz.



Scharbach: „Die besonderen Belastungen durch die Castor-Einsätze berücksichtigen!“

Foto: Grothe

Viel Optimismus und Leistungsorientierung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – so erlebte Wolfgang Fromm in den ersten Wochen seiner neuen

Tätigkeit sein neues Arbeitsumfeld. Er wirkt nach der kurzen Zeit auch in Detailfragen schon gut orientiert. Kein Wunder, denn Polizei kennt er in allen Facetten

von der Sachbearbeitung bis zur Führungsspitze. Er zieht Vergleiche: Zur Sicherheitslage, die für die Vorderpfalz vergleichbar mit der Situation in anderen Regionen des Landes ist. Oder zu den Personalstrukturproblemen, die andere Ursachen und Auswirkungen haben als er sie bisher in Trier oder Koblenz erfahren hat. Die gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft oder den Personalräten muss er nicht extra betonen, sie ist für ihn gelebte Selbstverständlichkeit als langjähriges GdP-Mitglied.

Im Vordergrund des Gespräches stand die aktuelle Debatte um die Kriminalitätsentwicklung und Pläne, den Aufgabenzuschnitt der Polizei- und Kriminalinspektionen neu zu ordnen. In einer ersten Bewertung der Grundzüge des Konzeptes unterstützen die Polizeipräsidenten das Vorhaben, weisen aber auch auf erkennbare Brüche und weiteren Untersuchungsbedarf hin. Fromm rechnet wie die GdP damit, dass Innenminister Zuber im Herbst ein

Organisationskonzept präsentiert wird. Er will sich dafür einsetzen, dass für die Polizeipräsidien eine größere Flexibilität beim Organisationsaufbau, den Arbeitsabläufen und der Aufgabenzuweisung eingeräumt wird.

Skeptisch sieht die GdP die Personallage und die weitere Entwicklung sowohl in der Stärke wie in der Struktur. Die Schichten müssten stärker besetzt sein. Zunehmend führen die Verwerfungen in der Altersstruktur der Polizistinnen und Polizisten bei den Dienststellen im Westen des Landes zu landesweiten Problemen beispielsweise im Versetzungsverfahren. GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach: „Jetzt kommt zum steigenden Arbeitsdruck auch noch der Stress durch Einkommenskürzung, Arbeitszeitverlängerung und Sozialabbau.“ Die GdP-Vertreter nahmen zum Abschluss des Besuchs Gelegenheit, sich über die Einsatzführung bei den Castor-Transporten zu informieren.

TW

SCHUTZWESTEN

Beschaffungsmodus bleibt

„Die Landesregierung wird das begonnene Programm zur Ausstattung mit persönlich zugewiesenen Schutzwesten auch im Jahr 2004 fortführen“, lautet die Antwort des Innenstaatssekretärs Karl Peter Bruch auf die Nachfrage der GdP, ob die Beschaffung der Schutzwesten beschleunigt werden könne.

In DP 9/2003 hatten wir über einen Einsatz der PI Straßenhaus berichtet, bei dem sich zwei Streifenwagenbesatzungen mit einem bewaffneten Täter konfrontiert sahen, aber nur eine Kollegin über eine persönliche Schutzweste verfügte.

In seinem Antwortschreiben führt Bruch aus: „Wie Sie wissen, hat die Landesregierung entschieden, alle im operativen Bereich der Polizei des Landes eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit persönlich zugewiesenen Schutzwesten auszustatten. An dieser Entscheidung, die ein Investitionsvolumen von rund 6 Mio. Euro erfordert, hat die Landesregierung bis

her trotz der angespannten Haushaltslage festgehalten.“

Allerdings kritisiert Staatssekretär Bruch auch die Vorgehensweise der KollegInnen:

„Den vier Einsatzkräften war mit der Übermittlung des Einsatzauftrages bewusst, dass sie mit einem bewaffneten Täter konfrontiert würden. Während sich die Polizeibeamtin während der Fahrt ihre Schutzweste anlegte, haben die drei Polizeibeamten dieses nach Ankunft am Objekt nicht getan, obwohl sie im Kofferraum vier Schutzwesten der Schutzklasse 1 mitführten. Die Begründung, dass hierfür keine Zeit verblieb, vermag ich nicht nachzuvollziehen, weil es

zu keiner unmittelbaren Konfrontation mit dem Täter kam. Weder aus dem Artikel noch aus dem Einsatzbericht der PI Straßenhaus ist ersichtlich, warum die kurze Zeit zum Öffnen des Kofferraums und zum Überziehen der Weste nicht zur Verfügung stand.“

Bruch weiter: „Unabhängig von diesen Überlegungen zeigt der von Ihnen geschilderte Sachverhalt deutlich, dass Schutzwesten selbst dann nicht angelegt werden, wenn ein konkreter bewaffneter Angriff zu befürchten ist. Ich stelle mir daher die Frage, wie – nur drei Jahre nach der tragischen Häufung von tödlichen Angriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte – die ausgelieferten Westen in alltäglichen Situationen, in denen keine Gefahr prognostiziert werden kann, tatsächlich getragen werden. Hierzu werde ich die Dienststellen bitten, ihre Erfahrungen mitzuteilen.“

GdP Landesvorsitzender Scharbach sieht kein Erfordernis, eine Trageverpflichtung für die Westen einzuführen. „Das muss den Kolleginnen und Kollegen vor Ort überlassen bleiben.“ Die Entscheidung zur Einführung der persönlichen Schutzwesten wird von allen uneingeschränkt begrüßt. Gerade weil die Kollegen dies so positiv sehen, wird ja auch die rasche Umsetzung der Beschaffung gefordert. Im Übrigen ist sich die GdP mit dem Ministerium einig, dass für den Schutz der Kollegen auch der persönlich zu verantwortenden Eigensicherung größeres Gewicht beigemessen werden muss. Die Kritik am Einsatzverhalten bei der PI Straßenhaus teilt die GdP aber nicht. Scharbach: „Hinterher ist man immer schlauer. Man muss aber auch den Zeit- und Entscheidungsdruck berücksichtigen, den eine solche Lage mit sich bringt.“

red

DER PFLEGEFALL

Ein böses Erwachen

Niemand kann es ausschließen, niemand denkt gern daran: Was ist, wenn ich ins Pflegeheim muss? Wie sieht das mit der Beihilfe aus? Was zahlt die private Pflegeversicherung? Wie das folgende Beispiel zeigt, könnte eine Zusatzversicherung wichtig sein.

Die Beihilfe übernimmt 70% vom Höchstpflegesatz, der derzeit bei 1432,- € monatlich bei Pflegestufe 3 liegt. Da der tatsächliche Pflegesatz in vielen Einrichtungen bei 80,- € pro Tag liegt, übernimmt die Beihilfe, von dem den Höchstpflegesatz überschreitenden Betrag, noch einmal 70%. Die private Pflegeversicherung übernimmt 30% der Kosten vom Pflegehöchstsatz 1432,- €. Ist kein Zusatztarif abgeschlossen bleiben die übersteigenden Kosten zwischen Pfl-

gehöchstsatz und tatsächlichem Pflegesatz beim Versicherten. Hinzu kommen die Unterbringungs- und Verpflegungskosten. Hier zahlt die Beihilfe nur dann zu, wenn der Betrag der zumutbaren Eigenbeteiligung überschritten wird. Die private Pflegeversicherung zahlt nichts zu.

In unserem Beispiel hat der Betroffene einen Selbstbetrag von

1147,20

zu tragen.

Es ist daher dringend zu empfehlen, rechtzeitig bei den privaten Krankenversicherern zu erfragen, ob es Zusatztarife gibt und was diese kosten. **HWG**

Beispiel:

Anrechenbare Einkünfte aus Versorgung und Rente der Ehefrau	2500,-
Pflegesatz 80,- pro Tag	2400,-
Beihilfe 70% aus 2400,-	1680,-
Private Pflegeversicherung 30% aus Höchstpflegesatz 1432,-	429,60
Kosten für Unterkunft und Verpflegung im Monat	890,-
Zumutbare Eigenbeteiligung 40% der anrechenbaren Einkünfte abzüglich eines Betrages von 357,90	856,84
Da der Betrag der Kosten für Unterkunft und Verpflegung in Höhe von 890,-, den Betrag der zumutbaren Eigenbeteiligung in Höhe von 856,84 um 33,16 übersteigt, werden diese 33,16 von der Beihilfestelle erstattet. Die private Pflegeversicherung zahlt, ohne Zusatztarif, keine Kosten für Unterkunft und Verpflegung.	

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen

Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 - 9 60 09 23

ASA-Zulassung jetzt für zwei Jahre

Der HPRP hat grundsätzlich der Einführung des **Job-Tickets** für das PP Mainz, das LKA und die ZPT am Sitz des Polizeipräsidioms zugestimmt. Die Regelung würde die Teilnahme weiterer Landesdienststellen in die bestehende Vereinbarung für mehrere Ministerien eröffnen. Allerdings haben bisher zwei Ministerien der Einbeziehung widersprochen, da sich für deren Beschäftigte die Parkgebühr erhöhen würde. Ob damit das Projekt der Staatssekretärkonferenz scheitert, ist noch nicht abzusehen. Sollte dies der Fall sein, könnte das Präsidium eine eigenständige Vereinbarung mit den Verkehrsunternehmen treffen. Immerhin haben bei einer Umfrage $\frac{2}{3}$ der Beschäftigten FÜR das Job-Ticket gestimmt.

Der HPRP stimmte der Neufassung der Ausschreibung für die **Aufstiegsausbildung (ASA)** zu. Da sich die Zahl der möglichen



Weniger Bewerber zum ASA nicht mehr vergrößert, wird nunmehr für zwei Jahre ausgeschrieben –

und auch nur noch einmal für zwei Jahre beurteilt. Das ISM kommt damit dem Wunsch der Behörden nach Verringerung der

ihre Familien, die sich so besser auf die Lehrgangszeit einstellen können. Nicht zuletzt können auch die Dienststellen die lehrgangsbedingte Abwesenheit der Kollegen besser einstellen. Um landesweiten Verwerfungen vorzubeugen regt der HPRP an, die Beurteilungsübersichten der Behörden rechtzeitig vor der Eröffnung der Beurteilung an das ISM zu übersenden.

Die **Verkehrsdirektionen** Trier und Westpfalz werden aufgelöst und ihre Aufgabe auf die dortigen Polizeidirektionen übertragen. Die VD'en der Rheinschiene sind von der Neuerung nicht betroffen.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel
(Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)*

Beurteilungsverfahren entgegen. Ferner erhöht sich die Planungssicherheit für die Kollegen und

LESERBRIEF ERSCHEINUNGSBILD

Zopf hin oder her

Ich bin Polizeibeamter im Wechselschichtdienst bei der PI Neuwied, 35 Jahre alt und Ohringträger. Aktueller Anlass für mich, an dieser Stelle meinen Unmut zu äußern, ist die kürzlich vom ISM erlassene Vorschrift über das äußere Erscheinungsbild von Polizeibeamten. Das bisherige Auftreten der Polizei in der Öffentlichkeit bedurfte keiner neuen Regelung.

Schon gar nicht einer Regelung, welche zur Folge hat, dass Kolleginnen die Tränen in den Augen stehen, weil sie von ihren Vorgesetzten ultimativ dazu aufgefordert werden, einen klitzekleinen Nasenstecker zu entfernen, welcher m. E. nach in keinsten Weise dazu geeignet ist, das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit zu schädigen.

Die große Mehrheit der rheinland-pfälzischen Polizeibeamten verrichtet ihren Dienst so, dass der Bürger keinen Anstoß an de-

ren Äußerem nimmt. Ausnahmen mag es geben, aber für diese gibt es ja auch noch Vorgesetzte.

Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals darauf angesprochen worden zu sein, dass der Beamte X einen Ohring oder die Beamtin Y einen Nasenstecker trug. Beschwerden über Polizeibeamte, beziehen sich i. d. R. auf deren polizeiliches Handeln und/oder deren verbales Auftreten. Ich finde es lächerlich, wenn man im Jahre 2003 anhand eines Ohringes, eines Nasensteckers oder eines Lagerfeldzopfes Rückschlüsse auf die Leistungsbereitschaft und/oder das Ansehen eines Polizeibeamten in der Öffentlichkeit zieht. Es ist auch unsinnig anzunehmen, dass sich die große Mehrheit der Bürger z. B. daran stören könnte, dass ein Polizeibeamter im Außendienst, selbstverständlich situationsabhängig, nicht ständig die Dienstmütze trägt.

Durch diese neue Regelung, welche in Teilbereichen m. E. antiquiert und überflüssig ist, wird wieder mal dafür gesorgt, dass die angesichts ständig neuer Hiobsbotschaften ohnehin schon mehr als bescheidene Arbeitszufriedenheit noch einen zusätzlichen Dämpfer erhält.

Vielleicht sollte man sich in den Reihen unserer Politiker lieber Gedanken darüber machen, wie man den eigenen, selbst ramponierten Ruf in der Bevölkerung wieder halbwegs aufpoliert. Dort besteht angesichts nicht eingehaltener Wahlversprechen, Parteispendenaffären und ausufernden Arbeitslosenzahlen wesentlich mehr Handlungsbedarf.

Anzumerken sei in diesem Zusammenhang noch, dass der Hauptpersonalrat der rheinland-pfälzischen Polizei diesem Regelwerk nicht zugestimmt hat, obwohl das Gegenteil suggeriert wird.

Und was das Thema Arbeitsklima und -zufriedenheit angeht, braucht mir niemand mit den Argumenten einer ach so modernen Sachausstattung und irgendwelchen Leitbildern zu kommen. Es ist nicht die Technik, welche das Arbeitsklima entscheidend beeinflusst. Und auch kein Leitbild, solange es von manchen Leuten mit Füßen getreten wird.

Es ist der tägliche, kollegiale und vor allem menschliche Umgang miteinander, von oben nach unten, von unten nach oben, von Schicht zu Schicht, von K zu S und umgekehrt. Hier sollte sich jeder einzelne, unabhängig von Dienstgrad und Funktion, mal so seine Gedanken machen. Dann klappt's auch mit dem Bürger. Zopf hin oder her.

André Volk, PI Neuwied

Der Opel Meriva

Der **Opel Meriva** bringt mehr Flexibilität in Ihr Leben.

Erleben Sie ein innovatives Automobil, das mit seinem FlexSpace-Konzept revolutionäre Innenraumflexibilität bietet. Mit seiner umfangreichen Serienausstattung und zahlreichen intelligenten Details schafft der Opel Meriva viel Freiraum für viel Individualität.



Der Opel Signum



Entdecken Sie die **Signum Class**.

Entdecken Sie eine neue automobile Klasse. Die perfekte Synthese von Form und Funktion. Freuen Sie sich auf einzigartiges Design, revolutionäre Flexibilität und außergewöhnliche Dynamik.

Für diese und weitere Opel-Neufahrzeuge erhalten unsere GdP-Mitglieder

super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31/9 60 09-20

<http://www.psw-rp.de> psw-rp@gdp-online.de



GdP-Grundseminar

19. bis 21. November 2003

Auswirkungen der repräsentativen Demokratie und Mitwirkung der Gewerkschaft beim Ausbau des demokratischen Rechtsstaates
Zielgruppe: Interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Rheinland-Pfalz, die sich mit der Tradition und den Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften in unserem demokratischen System auseinandersetzen wollen.

Ort: Hotel Lindenhof, Wittlich

Ansprechpartner-Seminar

der JUNGEN GRUPPE in der GdP

20. und 21. Oktober 2003

Hallo, ihr jungen Leute in der Polizei! Ihr findet einiges auf eurer Dienststelle und innerhalb der Polizei verbesserungswürdig? Ihr wollt euch engagieren und trotzdem nicht in Arbeit ersticken? Ihr wollt eure Zukunft selbst in die Hand nehmen? Dann ist das das richtige Seminar für euch! Wir zeigen, wie ihr gewerkschaftlich organisiert arbeitet und trotzdem jede Menge Spaß dabei habt. Nicht möglich? Wohl!

Ort: Hotel Peifer, Brodenbach

GdP-Seminar „Frauen in der Polizei“

13. und 14. Oktober 2003

Erfahrungen und Konflikte im Berufsalltag

Häusliche Gewalt im Fokus

Bestandsaufnahme: Gleichstellungsarbeit bei der Polizei

Zielgruppe: Interessierte Mitarbeiterinnen der Polizei Rheinland-Pfalz, die ihre Erfahrungen aus dem Berufsalltag diskutieren und sich über Rechtsvorhaben beim Thema Häusliche Gewalt und über Gleichstellungspolitik informieren wollen.

Ort: Hotel Peifer, Brodenbach

GdP-Kriposeminar

Kriminalitätsentwicklung

23. und 24. Oktober 2003

Demographie und Kriminalitätsentwicklung

In den nächsten Jahrzehnten wird sich unsere Gesellschaft erheblich wandeln. Die Zahl der Einwohner sinkt insbesondere in den Städten. Der Altersaufbau wird sich erheblich verändern: Es wird sehr viel mehr ältere Menschen geben. Migration wird zunehmen. Das hat Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung und die Arbeit der Polizei.

Zielgruppe: Interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Rheinland-Pfalz.

Ort: Hotel Peifer, Brodenbach

Sonderurlaub: Nach § 26 UrLVO oder Tarifrecht möglich

Kosten: Die GdP zahlt Unterbringung und Verpflegung, Reisekosten werden erstattet.

Bewerbung: Begrenzte Zahl von Teilnehmerplätzen! Deshalb Bewerbung sofort an:

Gewerkschaft der Polizei, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz.

Telefon: 0 61 31/96 00 90, Fax: 0 61 31/9 60 09 99, E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Wegner Bodo,

PP Westpfalz, Aug. 03

Thomas Hans Jürgen,

Bepo Wengerohr, Aug. 03

Morgenschweis Rolf,

Wasserschutzpolizei, Aug. 03

Drumm Hermann,

PP Westpfalz, Aug. 03

Duepre Paul,

PD Trier, Aug. 03

Hermeschulte Rainer,

Landeskriminalamt, Aug. 03

Färcher Erwin,

Vorderpfalz, Sept. 03

Raquet Heinrich,

PD Pirmasens, Sept. 03

Schnöll Erich,

PP/PD Mainz, Sept. 03

Kühn Gert,

PP Westpfalz, Sept. 03

Groh, Gabriele,

PP/PD Mainz, Sept. 03

Weber Günter,

PP/PD Koblenz, Sept. 03

Schultheiss Wilhelm,

PD Kaiserslautern, Sept. 03

Lepies Wolfgang,

Vorderpfalz, Sept. 03

Manfred Mang,

Ww/Rhein-Lahn, Sept. 03

Kailing Karin,

PP/PD Koblenz, Aug. 03

WIR TRAUERN UM

Helmut Wahner,

Südpfalz, 78 Jahre

Walter Ickler,

PD NW/Altenkirchen,

86 Jahre

Hans Hunz, PP/PD

Koblenz, 89 Jahre

Reinhard Schuwerack,

Wasserschutzpolizei,

39 Jahre

Günther Block,

PD Pirmasens, 49 Jahre

Carola Dauer, PP/PD

Koblenz, 87 Jahre

Otto Fritz Mann,

Ww/Rhein-Lahn, 91 Jahre

Edith Schreieck,

Ww/Rhein-Lahn, 79 Jahre

Albert Quirnbach,

PP/PD Mainz, 54 Jahre

Walter Nonn,

PD Mayen, 83 Jahre

Heinrich Fialik,

Vorderpfalz, 76 Jahre

Willi Nikolaus,

PD Pirmasens, 75 Jahre

Johann Barden,

PP/PD Mainz, 83 Jahre

Herbert Ohlert,

PD Trier, 80 Jahre

Hedwig Blum,

PD Pirmasens, 93 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.